

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.)

Mit der Austritten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postanweisung Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Berichtigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90.

Dienstag, den 18. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Samoa.

Wp. Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Seit nunmehr 19 Jahren, seit 1880, erproben deutsche Diplomaten ihr Geschick in kolonialen Fragen an den unglücklichen Inseln im Stillen Ozean. 1880 brachte Bismarck im Reichstage eine Vorlage ein, welche darauf hinauslief, eine Annexion der Samoa-Inseln herbeizuführen. Es sollte nämlich der Reichstag 300 000 Mark bewilligen, um der Südsee-Handels-Gesellschaft $4\frac{1}{2}$ pCt. Dividende von ihrem Kapital zu garantiren, welches sie auf den Inseln angelegt hatte. Da das Zentrum damals, unter Windthorst's Führung, für den Kolonialschwindel nicht zu haben war, wurde die Vorlage mit 128 gegen 120 Stimmen prompt abgelehnt. — Aber der Säkularmensch ließ sich dadurch nicht abschrecken, und die deutschen Konsuln hörten nicht auf, ihre Nase in die Angelegenheiten der Eingeborenen zu stecken. — Diese Angelegenheiten waren ziemlich einfach: Ein primitives Naturvolk führte, und führt bis heute noch, ein ziemlich sorgloses Leben unter relativ günstigen Naturverhältnissen der Inseln; die einzelnen Dörfer waren vollständig selbstständig und die wenigen öffentlichen Angelegenheiten wurden von einem Häuptling und seinem Rathe geleitet. Hin und wieder mochte es zu Streitigkeiten kommen, die durch eine Kauferei ausgetragen wurden. Erst als die Europäer erschienen, brachten sie den Häuptlingen den Begriff des „Gottesgnadenthums“ bei, hezten sie zu Eroberungen auf und verfahren sie zu diesem Zwecke mit Feuerwaffen. Da neben der deutschen Gesellschaft sich auch englische und amerikanische Händler und Pflanzer niederließen, war bald die Bevölkerung in zwei Parteien gespalten, von denen jede die Herrschaft über die Inseln für ihren „König“ in Anspruch nahm. Dazu kommt, daß die protestantischen und katholischen Pfaffen ihrerseits die neu beherrschten Schäfchen gegeneinander hezten, um sie mit dem Schießknüttel in der Hand die Frage nach der allein seligmachenden Kirche austragen zu lassen. — Die Hezereien führten natürlich dazu, daß bei den Kämpfen auch das Leben der Weißen bedroht wurde. Bei einer solchen Gelegenheit wurde im Jahre 1888 der deutschfeindliche „König“ aufgegriffen und nach einer der Marschall-Inseln gebracht. Die Eingeborenen wählten darauf seinen Neffen Mataafa zum König und dieser brachte den deutschen Marinetruppen 1888 eine empfindliche Schlappe bei. Nachdem nun das Blut deutscher Soldaten vergossen war, konnte die Diplomatie ihr verhängnisvolles Spiel mit größerem Einsatz beginnen. — Am 14. Juni 1889 kam der Samoa-Vertrag zu Stande zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten.

Ein wahres Monstrum von einem Vertrag! Die Inseln sollen ihre „Unabhängigkeit“ behalten und die Regierung ein von den Eingeborenen gewählter König ausüben, daneben aber waltet in Apia, dem Haupthafen, ein Obergericht, bestehend aus einem amerikanischen Oberrichter und je einem deutschen, englischen und amerikanischen Richter, und diesem Kollegium ist die Entscheidung in allen Streitigkeiten zwischen Europäern und Eingeborenen anheim gestellt; außerdem unterhalten die drei Mächte Konsuln auf den Inseln. — Weder der Modus der Königswahl, noch die Kompetenzen des Obersten Gerichtshofes sind in dem Vertrage festgelegt, und man konnte es sich an den fünf Fingern abzählen, daß bei der ersten Gelegenheit, die Anlaß zu einem Konflikt geben kann, die Zustände zu vollständiger Anarchie ausarten müßten.

Und wer war nun der Spiritus rector dieses famoson Vertrages? Kein anderer als der „Säkularmensch“, der diesmal persönlich doppelt engagirt war, denn sein hoffnungsvoller Sohn, das Herberthchen, war der Unterhändler Deutschlands. Am 21. März 1889 fuhr Herbert Bismarck nach London und verhandelte mit Lord Salisbury, am 14. Juni desselben Jahres wurde die Samoa-Akte unterzeichnet und die speckelleckerische Presse feierte die diplomatische Großthat des Monsieur Herbert.

Die Ruhe auf Samoa dauerte nun genau so lange, als der 1888 eingesezte König lebte. Mit seinem Tode begann zu Ende des vorigen Jahres die Hay.

Zwei Kronpräsidenten erschienen auf dem Platze: Mataafa — derselbe Mataafa, der vor zehn Jahren an

der bekannten Niedermelung der deutschen Soldaten Theil nahm, der der damals von den Deutschen als Ausbund der Hölle geschildert wurde und von dem Säkularmensch erklärte, jeder andere, nur nicht er dürfe König werden — gewann die Unterstützung des deutschen Konsuls Rose, wohl nur aus dem Grunde, weil er den Engländern und Amerikanern nicht genehm war. Genehm war er aber nicht, weil Rathholt, während der amerikanischen Oberrichter Chamber's eifriges Mitglied der protestantischen englischen Missionsgesellschaft ist und deshalb einen Bögling eben dieser Missionsgesellschaft, Walteroa Tanu, unterstützte, aus dem plausiblen Grunde, daß mit der Wahl Mataafas wahrscheinlich die Geldeinnahmen der Gesellschaft schwinden würden, welche jetzt sehr hoch sind, obgleich die Steuern nicht einzutreiben sind und das Land in Schulden steckt. — War schon der Anlaß zum Hwitz, wie man sieht, sehr anmuthig, so war das Betragen der gewiegten Diplomaten — die sich hier nicht einmal mit Tropenfeiern entschuldigen können, weil das Klima durchaus nicht übermäßig heiß ist — ein geradezu standalöses. Kam es doch, zum Gaudium der Eingeborenen, zu einer regelrechten Keilerei im Gerichtsgebäude zwischen den Herren.

Natürlich hezten die Europäer auch die Eingeborenen mit allen Mitteln auf und führten einen erbitterten Kampf unter ihnen herbei, der nicht, wie früher üblich, mit Stöcken, sondern mit von den Europäern gelieferten Flinten ausgefochten wurde. In diesem Kampfe blieb schließlich Mataafa Sieger und die Rosuln mußten ihn als „provisorische Regierung“ anerkennen. — Das war Anfangs Januar, und man glaubte in Europa die Sache als abgethan betrachten zu dürfen; doch dauerten die Keilereien fort und die Amerikaner und Engländer setzten schließlich im März, trotz des Protestes der Deutschen, die „provisorische Regierung“ ohne Weiteres ab, und als Mataafa, der augenscheinlich sich einbildete, das deutsche Kriegsschiff würde ihm Hilfe leisten, nicht gehorchen wollte, eröffneten die amerikanischen Kriegsschiffe eine Kanonade gegen seine Leute. „Das Bombardement wurde langsam acht Tage fortgesetzt“, heißt es in dem Telegramm, und jedenfalls ist eine große Zahl der in den beschossenen Dschungeln und Dörfern verborgenen Eingeborenen um's Leben gekommen.

Jetzt erhob sich ein Heidenlärm in der englischen, amerikanischen und deutschen Presse. Natürlich ist den Zeitungsschreibern das „bischen Samoa“ recht von Herzen „mußt“, aber man sucht bei dem kleinen Feuer den großen Braten der kapitalistischen Interessen etwas anzubräunen: In Amerikaner sind die Verfechter der Expansionspolitik an der Arbeit, in England erklärt man es als selbstverständlich, daß nur England etwas im Stillen Ozean zu sagen habe, und in beiden Ländern nußt man den Vorfall aus, um das „angelsächsische Bündniß“ fester zu schmieden, das man als Waffe in China braucht. Bei uns schlagen die Ugarier Burzelbäume: Sie thun alle Tage erstaunt, daß die deutsche Flotte noch nicht auf dem Wege nach Newyork sei, und benutzen die Gelegenheit, um Herrn von Bülow, den sie noch vor Kurzem anzujubelten, unterzukriegen, um ihn ganz am Schnürchen zu haben, wenn es gilt, die Handelsverträge abzuschließen. Zu diesem Zwecke wird der Schatten des Riesen aus dem Sachsenwald zitiert, wobei die Herren aber ganz vergessen, daß der edle Sproß des Riesen, der kleine Sündenbock, auf den die Verantwortung fällt, in Folge des kuriosen Vertrages, den er schloß, unter ihnen weilt.

Natürlich muß die „nationale Ehre“ als Deckmantel der Interessen erhalten. Als ob man die Ehre gröblicher verletzen könnte, als es die sogenannten Vertreter der zivilisirten Völker allesammt durch ihr unwürdiges Betragen in Apia gethan!

Unterdessen ist die Diplomatie eifrig an der Arbeit, wie das Gichhörnchen in der Trommel, indem sie eine „internationale Kommission“ für Samoa ins Leben ruft. Diese Kommission wird denn auch wohl eingesetzt werden, (ist bereits geschehen. Red. d. L. B.) wird heidenmäßig viel Geld kosten (die ganze Ein- und Ausfuhr Samoas beträgt gegen zwei Millionen Mark jährlich, die Kommission wird mindestens eben so viel kosten) und wird ein neues Pfälsterchen aufleben, das gerade so lange hält, bis irgend ein Zufall die Pfaffen und Diplomaten abermals aneinander bringt.

Diese selbe Diplomatie, deren Werk das Blutvergießen um das „bische Samoa“ ist, thut, als ob sie auf der Haager Konferenz etwas zur Beseitigung des Krieges in

Europa fertig bringen wollte, und es finden sich immer noch Dumme, die es glauben.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 15. April 1899.

Der Reichstag hielt Sonnabend eine nur kurze Sitzung ab, in der das dritte Postgesetz, die Telegraphenwegordnung, erledigt wurde. Das Fleischschaugesetz, das noch auf der Tagesordnung stand, soll erst Montag an die Reihe kommen. Graf Posadowsky muß also die Begründungsrede noch bis dahin bei sich behalten. Er wird dies um so lieber thun, als er nun ja die Hoffnung hat, daß ihm am Montag mehr als ein Duzend Abgeordneter zuhören wird. Es waren zeitweise wirklich kaum mehr als 12 Reichsboten im Saale. Diese Interesslosigkeit ist um so mehr zu rügen, als es sich bei der neuen Telegraphenwegordnung wirklich um ein sehr wichtiges, große und allgemeine Interessen berührendes Gesetz handelt. Wie schon am Freitag der Abgeordnete Lenzmann, so wahrte auch Sonnabend Abgeordneter Singer in längerer Rede die Rechte der Kommunen an ihren Straßen und öffentlichen Wegen, die durch die Vorlage erheblich bedroht erscheinen, da sie das Eigentumsrecht der Kommunen nicht in vollem Maße anerkennen will. Genosse Singer sprach mit großer Sachkenntniß und behandelte besonders die Verhältnisse der Großstädte und ihrer Verwaltung, die er ja aus seiner Berliner kommunalen Thätigkeit genau kennt. Auf seine Anregung, lieber schon jetzt ein Elektrizitätsgesetz zu erlassen, das bei der Entwicklung der elektrischen Industrie nothwendig wird, gingen auch die nach ihm zu Wort gelangten freisinnigen Abgeordneten Schrader und Siemens ein. Herr von Bobbielski meinte aber, die Zeit für ein solches Elektrizitätsgesetz sei noch nicht gekommen. Auch die beiden genannten freisinnigen Abgeordneten und der ultramontane Herr Stephan polemisierten gegen die Bestimmungen, die das Eigentumsrecht der Kommunen berühren. So wird die Vorlage nach dieser Richtung wohl wesentlich verändert aus der Postkommission herauskommen, an die sie verwiesen wurde.

66. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Bobbielski.
Die erste Verathung des Entwurfs zum Telegraphenweggesetz wird fortgesetzt.

Singer (SD): Der Herr Staatssekretär hat sich gestern beklagt, daß die Vermehrung der Telegraphenlinien öfters durch im Wege stehende Kessel, oder Birnbäume verhindert werde. Ich fürchte nur, daß in dieser Vorlage auch so manches Hinderniß beseitigt werden muß. Nach meiner Meinung dienen die öffentlichen Wege dem Verkehr, und da die Telegraphenlinien zweifellos im Dienste des öffentlichen Verkehrs nothwendig sind, so liegt kein Grund vor, daß nicht diese Telegraphenleitungen die öffentlichen Wege ohne wesentliche Entschädigung für die Wegeinhaber benutzen. Wenn aber Schädigungen entstehen, muß selbstverständlich die Postverwaltung die entstandenen Schäden repariren. Wenn z. B. eine öffentliche Straße, die mit Obstbäumen bepflanzt ist, in ihrem Ertrage durch Telegraphendrähte geschädigt wird, hat die Reichspostverwaltung natürlich die Verpflichtung, den Ausfall, der dadurch entsteht, dem Kreise oder der Gemeinde zu vergüten. Der § 6 aber gab zu großen Bedenken Anlaß; er kann zu einer Omelette großer Unzulänglichkeiten werden. Es wird sich bei der Anlage von Telegraphenlinien weniger darum handeln, das Niveau der öffentlichen Straßen zu heben, als darum, die Leitung in die Erde hineinzulegen, und dieser Punkt veranlaßt uns, bei der Emanation dieses Gesetzes sehr vorsichtig zu sein. Eine Kabelleitung unter dem Pflaster hat mit der Konfuzenz von Gasröhren, Wasserleitungs- röhren und Kabeln der Elektrizitätswerke zu kämpfen. Da müssen genaue Bestimmungen getroffen werden, damit der Schutz des einen öffentlichen Interesses für die Postverwaltung nicht zum Schaden des anderen öffentlichen Interesses, so weit die Gemeinden in Frage kommen, wird. Ich kann auch nicht zugeben, daß der Grundhag, so wichtig er auch im allgemeinen sein mag — daß der später kommende sich den Schutz des bereits Daseienden anlegen sein läßt, auf diese spezielle Frage Anwendung finden kann. Am besten wird ja natürlich immer eine Verständigung zwischen den Interessenten sein, aber wir können doch auf Fälle verweisen, in denen Verhandlungen mit den fiskalischen Behörden durchaus nicht zu den Annehmlichkeiten gehören. Als langjähriges Mitglied der städtischen Verwaltung weiß ich, daß der Herr Fiskus stets außerordentlich schwer zu behandeln ist, daß er furchterlich theuer ist, wenn er etwas geben soll und stets ungemein billig kaufen will. Daher müssen im Gesetz bereits Feststellungen getroffen werden, wonach diese Schädigungen der Gemeinden vermieden werden können. Ich würde es als dem Recht und der Billigkeit entsprechend betrachten, wenn derjenige den Vorzug bekommt, dem durch die Lasten, welche er für die Dinge aufgewandt hat, ein höherer Rechtsanspruch als dem andern gebührt, und da die Gemeinden zur Straßenunterhaltung verpflichtet sind, so kann man ihnen unmöglich dadurch, daß eine Reichsverwaltung diese Straßen für ihre Zwecke benutzen will, die Last auferlegen, daß ihnen später die Benutzung unmöglich gemacht wird. Das ist schließlich die Konsequenz des § 6 und

bestehen ist er für uns in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Rechnet liegt die Sache beim § 12, der auch eine Anzahl von Forderungen enthält, die, wie ich glaube, befreit werden können. Statt daß man auf dem einfachsten Wege, dem der Expropriation, vorgeht, wird das Prinzip der Entschädigung verfolgt. Wir haben doch aber ein Recht zu verlangen, daß die Grundzüge, nach denen seitens der Verwaltung diesen Entschädigungsansprüchen Folge gegeben wird, in der Kommission bekannt gegeben werden. Wie bei den anderen Vorlagen werden auch hier sehr wichtige Bestimmungen wieder dem Bundesrat bzw. dem Reichskanzler überlassen. Wenn die Reichspostverwaltung auf diesem Wege so fortgeschritten, werden unsere Beschlüsse künftig nur 2 Paragraphen enthalten: der eine wird enthalten, was die Reichspostverwaltung ist, und der andere wird sagen: die Ausführungen und Bestimmungen über die Art der Handhabung dieses Paragraphen bleiben dem Reichskanzler überlassen. Dadurch kommen wir schließlich zu einer Abdankung des Reichstages, zu einem Verzicht auf die Mitwirkung an der Gesetzgebung. Wenn die von mir angeregten Bedenken, wie ich hoffe, eine Lösung finden, dann muß man wohl im Allgemeinen dem Gesetz zustimmen; denn ein solches Gesetz ist zweifellos notwendig gegenüber der Bedeutung, die das Telegraphen- und Fernsprechnetz gewonnen hat. Es fragt sich nur, ob nicht statt dieses Telegraphenwesengesetzes ein Elektrizitätsgesetz dem Reichstag hätte vorgelegt werden sollen, um die Frage, die in nächster Zeit in der Zukunft eine große Rolle spielen wird, in genereller Weise zu regeln. Ich beantrage, auch diesen Gegenstand derselben Kommission zu überweisen, die für die beiden anderen Vorlagen gewählt ist. (Bravo! u. b. So.)

Staatssekretär von Hobbecker erklärt gegenüber den Ausführungen des Abg. Singer, daß ein Elektrizitätsgesetz der noch jungen Industrie nur störend werden könne, weil man noch nicht alle Verhältnisse zu übersehen vermag. Der Kreis der Ermäßigungen des Reichskanzlers werde durch das neue Gesetz sehr eingeschränkt. Nebenher hofft, daß in der Kommission eine Einigung über diesen Gegenstand erzielt werden wird.

Abg. von Waldow und Reinken (R.) ist mit dem Entwurf einverstanden und hofft, daß die bestehenden Bauplätze für den Telegraphenverwaltungen gesichert werden.

Stenograph (S.) erwartet, daß es in der Kommissionsberatung gelingen wird, unbedingte Eingriffe in das Privateigentum zu verhindern.

Direktor im Reichspostamt Sydow erklärt, die Verwaltung werde den Eigentümern das größte Wohlwollen entgegenbringen. Hasse (W.) beantragt, die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Schrader hätte auch lieber ein allgemeines Elektrizitäts-Gesetz.

Siemens (Fr. Bg.) hält die tiefen Eingriffe in das Privateigentumsrecht nicht für gerechtfertigt. Gewiß sei ein Schatz der Schwachstromleitungen gegen die Starkstromleitungen notwendig, aber auf Kosten der Postverwaltung.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Post-Kommission verwiesen. Das Hans verlag ist geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Fleischbeschnitzgesetz, Novelle zur Gewerbeordnung.)
Schluß 3/4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Wahlergebnis im 2. Berliner Reichstagswahlkreis ist am Sonnabend Vormittag amtlich festgestellt worden. Danach sind von 76 727 Wahlberechtigten 47 276 abgegeben worden. Darunter waren 47 193 gültig. Der Sozialdemokrat Fischer ist gewählt worden mit 24 320 gegen 17 442 freisinnige, 5267 konservative, 148 antisemitische (Graf Blicher) und 16 zerplitterte Stimmen.

Samon im Reichstage. Uebereinstimmend erkennt die Presse aller Parteien nach den Erklärungen des Staatssekretärs v. Billow die sachgemäße Haltung der Regierung in der Einwanderfrage an und verurteilt die Rede des Abg. Lebr. Eine Ausnahme machen in Berlin nur zwei Zeitungen: das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tagesztg.“ und die antisemitische „Staatsb.-ztg.“ Das Organ des Bundes der Landwirthe bedauert, daß man im Reichstage nicht Veranlassung genommen hat zu Hefreden gegen England, welches angeblich planmäßig den deutschen Bestrebungen auf kolonialem Gebiet entgegengeartet. Auch habe die Erklärung des Herrn v. Billow die gerade bei diesem Anlaß gebotene Entschiedenheit in peinlicher Weise vermischen lassen. Es hätten sich, wenn ein Mitglied des Hauses die Besprechung der Interpellation beantragt hätte, sicher die dazu erforderlichen 50 Stimmen auf der rechten gefunden trotz der von den Parteiführern gegebenen Erklärung. Schließlich aber beruhigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ dabei, daß nach den abgegebenen Erklärungen das deutsche Volk eins ist mit der Regierung und derselben in dieser Frage Vertrauen schenke. Mit Recht fragt die „Nationalztg.“, warum denn keiner der 4 oder 5 Angestellten des Bundes der Landwirthe, welche dem Reichstage angehören, darunter der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“, den Antrag auf Besprechung der Interpellation gestellt hat, dessen ausreichende Unterstützung angeblich sicher war. Man habe also lediglich leeres Geschwätz des Bundesorgans vor sich. Weit heftiger polemisiert und schilt die „Staatsbürger-Zeitung“ in einem Leitartikel auf der ersten Seite. Die Ursache davon ist auf der zweiten Seite zu erkennen. Liebermann von Sonnenberg hatte eine schöne Hefrede gegen England vorbereitet und ist nun um die Gelegenheit gekommen, dieselbe vom Stapel zu lassen. Denn er hat, wie er klagt, erwartet, daß der nationalliberale Abg. Dr. Sattler seinen Fraktionsgenossen sehr verteidigen würde. Ueber diesem Zuwarten verpackte er den Augenblick, sich zum Worte zu melden, bevor der Gegenstand verlassen wurde. Das Schmerzte den braven Patrioten derart, daß er seine verpackte Gelegenheit vergleicht mit der Verweigerung der Ehrung des großen Kanzlers zu seinem 80. Geburtstag.

Die Vernichtung der Selbstverwaltung Berlins soll man in „maßgebenden“ Kreisen allen Ernstes planen. Der „Vorwärts“ theilt mit: Es ist nicht etwa eine scherzhaftes Erfindung sondern Thatsache, daß man in Botschafter-Kreisen als unbedingte Wahrheit erzählt, daß der Oberbürgermeister Kirchner die kaiserliche Bestätigung überhaupt nicht erhalten werde. Der Kaiser

habe die Absicht ausgesprochen, aus Berlin und dem gesamten Vorortgebiet eine besondere Provinz zu machen. Alsbald solle ein Oberpräsident an die Spitze des ganzen Gebiets gestellt werden, während jedem einzelnen Distrikt ein Regierungsrath als Obchaupt beigegeben würde. Zur Verwirklichung dieses Planes bedürfte es natürlich der Zustimmung des Landtags und deshalb solle eine dementsprechende Vorlage dem Landtag noch in dieser Session zugehen. Man glaube an maßgebender Stelle, daß der Landtag für eine derartige Vorlage jetzt reif sei. So weit die dem „Vorwärts“ gewordene Information. Man erzählt das, wie gesagt, in ernsthaften Kreisen, die die Vertretung der auswärtigen Mächte umfassen. Man hält es also in unserer diplomatischen Gesellschaft für möglich, daß aus der Reichshauptstadt eine Provinz zu dem Zwecke gemacht werde, damit statt der Selbstverwaltung ein Regierungsbeamter mit der obersten Leitung betraut wird. Der Regierungspräsident als Oberbürgermeister — das ist die neueste Meldung vom Schauplatz des Reichstages.

Der Bundesrat überwiegt in seiner Sitzung vom 13. April den Gesetzentwurf für Elsass-Lothringen wegen Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes, die Vorlage wegen Abänderung der Schiffsvermessungs-Ordnung, den Gesetzentwurf über die Gebühren für die Benutzung des Nord-Ostsee-Kanals, den Entwurf einer Reichsjudenverordnung, den Nachtrags-Antrag Preussens wegen Ausführung des Waisen-Gesetzes, die Reichstagsbeschlüsse betr. Einsetzung einer Reichskommission zur Veranfassung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und betr. Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte den zuständigen Ausschüssen. Die Zustimmung wurde erteilt: dem Antrag betr. den vollstetigen Einlaß der von der internationalen Gartenbau-Ausstellung in St. Petersburg zurückgelangenden Güter, dem Entwurfe von Bestimmungen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen, dem Entwurfe von Bestimmungen betr. Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, der Vorlage betreffend Anerkennung der bethischen Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen im Deutschen Reich, der Vorlage betr. Abänderung der Nr. 14 der Anlage h zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands und dem Antrage Sachsens betr. die neuen Satzungen der Arbeitspensionskasse der kgl. sächsischen Staatsbahnen. Außerdem wurde über eine Anzahl Eingaben Beschluß gefaßt.

Der anhaltische Landtag nahm in dritter Lesung die Gesetzesvorlage betreff. die Bestrafung kontraktbrüchiger ländlicher Arbeiter, die sogen. Gefängnisvorlage, an. Darauf wurde der Landtag geschlossen. Er hat zum Nutzen der unerhürtesten Reaktion ein im Geiste des Zuchthausgesetzes gehaltenes Knebelungsgesetz dem Landvolke aufgeschafft.

Drentanos Vorschläge zur Besserung der Lage der Konfektionsarbeiter hatten den Jörn der „Verl. Korresp.“ erregt und waren von ihr als sozialpolitischer Dilettantismus und als „Ueberspannung des Staatsbegriffs“ bezeichnet worden. Professor Drentano antwortet ihr nun darauf unter anderem folgendes:

„Was ich verlangt habe, ist, daß der Staat, der heute in Deutschland alle übrigen Interessentenkreise von oben herab organisiert oder ihre Organisationen begünstigt, auch da die Arbeiter organisiert, wo ohne Mithilfe der organisierten Arbeiter die vom Staat selbst zu ihren Gunsten erlassenen Vorschriften nicht durchgeführt werden können und die Arbeiter sich selbst zu organisieren zu schwach sind. Wenn dies eine Ueberspannung des Staatsbegriffs ist, warum nicht viel mehr das Eingreifen des Staats, um den Landwirthen hohe Preise zu sichern oder die Organisation der Handwerker in Innungen? . . . In einer Zeit, in der es an der Tagesordnung ist, die stehenden Heere als Friedensbrüderschaften zu preisen, erscheint es abrigens in einer offiziellen Korrespondenz als insofern, eckelhaft, von Berufsvereinen ledig als von Organisationen zum sozialen Krieg statt zum sozialen Frieden zu reden.“

Drentano schlägt damit den Offiziosus mit den eigenen Waffen.

Die lex Arons, diese Riesenblamage der preussischen Reaktion, soll jetzt gegen den Mann, der ihr den Namen geliehen hat, in Anwendung gebracht werden. Nachdem die Vorverhandlungen abgeschlossen sind, soll nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ das Disziplinarverfahren gegen unseren Genossen, den Privatdozenten Dr. Arons, unter einstweiliger Suspension der Erlaubnis zum Halten von Vorlesungen an der Universität eröffnet sein, oder doch unmittelbar bevorstehen. Arons liest über die schwierigsten Probleme der Physik. — So soll denn endlich der Wunsch der Ultrareaktionäre, die schon lange nach Entfernung unseres Genossen von seinem Amte schreien, erfüllt werden. Und dabei soll noch in Preußen die Wissenschaft und ihre Lehre frei sein??

Das Gottesgnadenthum. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ hatte die Keuseherung des Kaisers über die Politik von 1886 als erfunden bezeichnet. Demgegenüber nennen die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ ihren Gewährsmann. Der Herr, dem gegenüber der Kaiser die Keuseherung gethan haben soll, ist der Major a. D. und königliche Kammerherr Götz v. Dlenhusen. Darauf erklärt der Kammerherr Götz v. Dlenhusen im „Hann. Cour.“, daß der Kaiser sich ihm gegenüber nie über die Annexion Hannovers ausgesprochen und daß er also auch die ihm untergeschobene Keuseherung niemals gemacht habe. Im übrigen behalte er sich alle weiteren Schritte gegen die Verbreiter dieser Nachricht vor.

Zum Telegraphenwesengesetz haben die Oberbürgermeister von 16 großen Städten eine Petition an den Reichstag gerichtet, welche es

als eine unnötige Härte bezeichnet, daß jetzt der Grund- und Grundbesitzer die Unternehmer späterer elektrischer Anlagen verpflichtet sind, bereits vorhandene elektrische Anlagen gegen störende Einflüsse auf ihre Kosten zu sichern, namentlich auf alle öffentlichen Wege, also auch auf die städtischen Straßen, ausgedehnt werden soll. Namentlich für die Städte ist es eine solche, wenn dieselben gezwungen sein sollen, bei späteren Anlagen auf ihren eigenen Straßen auch noch die Kosten der Sicherung der Telegraphen-Anlagen zu tragen. Die Städte haben die Straßen meist mit großen Kosten angelegt, sie legen solche Straßen fortgesetzt an, oft mit Millionen von Kosten. Sie führen neue Wege durch den Stadtbezirk, die von der Telegraphenverwaltung gar nicht für ihre Zwecke benutzt werden, und wenn die Städte später mit eigenen Anlagen kommen, insbesondere mit der Anlage von elektrischen Bahnen, die für die Vermeidung des Verkehrsbehindernisses immer unentbehrlicher werden, dann hätten die Städte nach § 6 des H.G.G. entwikelt die Kosten der Sicherung der vorhandenen Telegraphenleitungen selbst zu tragen. Das erscheint als eine Unbilligkeit, und nach dieser Richtung hin wird daher der Gesetzentwurf einer erheblichen Einschränkung bedürfen.“ Es folgen sodann in der Petition eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes.

Kleinpolitische Nachrichten. Die Wahl des Münchener Professors v. Stengel, der so eigenartige Friedenskanschnungen hegt, zum britischen Delegierten für die Friedenskonferenz entspricht wie der „Rein. Abg.“ aus München geschrieben wird, der eigenen Initiative des Kaisers und keineswegs einem Vorschlag der bayerischen Regierung. Die Schiedsgerichtsfrage vor der Abrüstungskonferenz die größte Aufmerksamkeit der Schiedsgerichtsfrage zu widmen. Dies soll auch der Grund sein, weshalb für die Vertretung Englands auf der Konferenz der englische Botschafter in Washington, Parnesford, von Anfang an in Aussicht genommen worden ist, da dieser sich durch eigene Studien, betr. die Schiedsgerichtsfrage, deren Anhänger er ist, hervorgethan habe. — Nach dem Etat für 1899 befinden sich gegenwärtig im Bau: sieben große Linienfahrzeuge, zwei große Kreuzer, zwei Kanonenboote und zwei Torpedobootdivisionen. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Verdel in Westfalen beanstandet und die Wahl des Abg. Kamp für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Werner (nationallib. Schwarzburg-Sonderhausen) ist beanstandet und Beibrückung beschlossen worden. Die Wahl des Abg. Moller (kons. v. Westfalen-Lippe) ist für gültig erklärt worden. — In der Reichstags-Kommission für die „Lex Heinze“ wurde § 182 des Strafgesetzbuches nach dem Antrage des Centrums abgeändert, welcher das Schutzalter der Mädchen gegen Verführung von 16 auf 18 Jahre erhöht. Der Antrag wurde mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. — Erschossen hat sich nach der „Verl. Abg.“ in Kottbus der seit 1895 beim 52. Regiment dienende Soldat H. Schmidt. Er war schon zweimal mit Festung vorbestraft und bestrafte eine neue Strafe aus einer gegen ihn schwebenden Strafsache wegen Körperverletzung. — Aus Furcht vor Strafe erhängte sich in Thorn in der Wilhelm-Kaserne der Musikstichter Vaber vom 21. Infanterie-Regiment. — Das griechische Ministerium, das von Theodoris neugebildet ist, stellte sich Freitag in der Kammer vor. — Das Justizpolizeigericht in Algier vernichtete Max Regis, den früheren Bürgermeister von Algier, wegen Verleumdung des Generalgouverneurs von Algier zu 4 Monaten Gefängnis. — Gute Nachrichten aus dem Sudan sind in London eingetroffen. Der Khalif soll von den fruchtbarsten Theilen des Landes derartig abgedrängt sein, daß er für seine Truppen keinen Proviant austreiben könne. Man hofft, daß er in nächster Zeit sein Heer werde auflösen müssen. Das sind Hoffnungen; ob sie sich verwirklichen werden, muß die Zukunft lehren. Von einer Ausrückaktion der Derwische ist ja allerdings seit vielen Wochen nichts mehr zu bemerken gewesen. — Imber Kapkolonie gewann der Afrikanerbond bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung, die in Weyburg stattfanden, die beiden Sitze gegen die Kandidaten der Partei Rhodes. Der Partei des Afrikanerbond ist jetzt in der neuen Versammlung eine Majorität von fünf Stimmen gesichert. — In die Kaiserin-Wittve von China hat der Bizelektor der Provinz Tschang ein Memorandum mit der Bitte gerichtet, der Zerfallung des Reiches durch europäer Einhalt zu thun, da sonst die Dynastie gefährdet sei. — Das Bureau Dalziel meldet aus Schanghai, der chinesische General Chan marschirt mit 8500 Mann auf Ftschau zu, um die dortige deutsche Besatzung zu vertreiben.

Oesterreich-Ungarn.

Wegen der Unruhen in Böhmen hat der Statthalter in Prag mit der Leitung der politisch-administrativen Aktiven in den Streitangelegenheiten in den Gerichtsbezirken Epel, Politz und Nachod sowie eventuell in den Nachbarbezirken den Bezirkshauptmann von Trautenau, Pergel betraut, welcher bis auf weiteres in Nachod seinen Amtssitz nimmt. Der Bezirkshauptmann von Neustadt a. b. Mettau meldet, in Cronov und Nachod herrsche vollständig Ruhe, obwohl die mit den Arbeitern auf Intervention des Gewerbeinspektors gepflogenen Unterhandlungen erfolglos geblieben. Von dem requirirten Militär befinden sich drei Kompanien in Nachod, eine in Cronov. Die Zahl der bisher Verhafteten beträgt 103. In Cronov streifen 1700 Arbeiter, in Rothkofelch herrscht vollkommene Ruhe; die Arbeit wurde dafelbst nicht eingestellt. In Budweis ruhen die Arbeiten auf den Bauten vollständig.

Frankreich.

Zum Dreijahreshandel. Am Sonnabend veröffentlichte der „Figaro“ eine Reihe von Aussagen, welche 24 Spalten füllen, darunter diejenigen Paléologue, Trarieu und einen Brief des italienischen Botschafters Grafen Tornielli. Der Zeuge Grenier, ein Sohn des Generals, bei welchem Esterhazy Ordonanzen-offizier war, lobte dessen Verhalten während jener Zeit. Er sprach von Beziehungen Esterhazys zur „Libre Parole“ und erzählte, eines Tages habe sein Vater Esterhazy dem General Billot empfohlen, welcher in heftigen Tönen geriet und sagte: „Sie haben sich wohl alle verpflichtet, um sich durch diese Canaille

hintergehen zu lassen! Ueber die Bezüge ungen Esterhazy's zu Henry sagte Grenier, daß Esterhazy Henry als ihm feindlich gestant bezeichnete. Als Grenier Henry eines Tages begegnete, forderte er ihn auf, Esterhazy's hilfliche Hand zu bieten, und Henry erwiderte, soviel er könne, helfe er ihm gern. Grenier sagte noch, Esterhazy habe ihm oft geschrieben, er habe die Briefe aber nicht aufbewahrt. Besonders interessant ist noch die Aussage des Portierspaars von dem Paale, in dem Esterhazy's Geliebte de Vohz wohnte. Die Portiersfrau hatte oft Blaunderskündchen mit der de Vohz und führte darüber Tagebuch. Die de Vohz erzählte ihr, daß sie während der Rettungsaktion zu Gunsten Esterhazy's auch um Mitternacht Unterredungen mit dem Generalen Voisselle, Mercier und Besson gehabt und daß Esterhazy Selbstmordversuche gemacht habe; sie habe ihm zweimal die Giftflasche entlassen. Das Portierspaar habe er auf Befehl geschrieben und die Schrift des Dreyfus nachgelesen. Dafür habe er monatlich 2000 Francs bekommen.

Der „Eclair“ veröffentlicht den Bericht des Kommandanten der Teufelsinsel, Periel, welcher beauftragt war, Dreyfus mitzubringen, daß der Kassationshof das Revisionsgesuch formell für zulässig erklärte und ihm aufforderte, seine Vertheidigungsmittel bekannt zu geben. Dreyfus habe die Nachrichten über Vadheln und Befriedigung aufgenommen, jedoch entgegnet: Er verstehe den Satz betreffs der Vertheidigungsmittel nicht. Er erinnere sich an nichts mehr. Die Denkschrift, welche er auszuarbeiten hätte, würde heute 15 Seiten umfassen. Er hätte nichts zu sagen, was er nicht bereits den ersten Richtern gesagt habe. Periel erklärte Dreyfus, er verlange mit seinem Vertheidiger Demange telegraphisch in Verbindung gesetzt zu werden. Mehrere Tage später schrieb Dreyfus an den Gouverneur von Guyana. Er habe 1894 Casimir Perier gebeten, die Oeffentlichkeit der Verhandlung anzuordnen. Casimir Perier habe durch Demange antworten lassen, er werde die Oeffentlichkeit verlangen, falls Dreyfus sich gewissen Bedingungen unterwerfe. Er habe sein Wort darauf gegeben, gleichwohl sei die Oeffentlichkeit nicht bewilligt worden. Er hätte auch ohne sein Wort, als loyaler treuer Soldat, geschwiegen, wie er es immer seit her gethan. Deniel bemerkt hierzu: Dreyfus hat sich geweigert, eine Denkschrift auszuarbeiten, obgleich er sonst viel Papier befristete. Ferner berichtet Deniel, Dreyfus habe ihm am 30. Oktober des vorigen Jahres einen Brief geschrieben, worin er seine Vertheidigung über das Vorgehen seiner Götin und die Uebergewinnung von der Loyalität des Generals Voisselle ausdrückt und schließlich sagt: Er würde dankbar sein, wenn er ihm einige Flaschen Cyanfärbung senden würde. Deniel theilt schließlich mit, Dreyfus habe im Oktober 1897 zu seinem Anwalt gesagt: „Was sichtet man? Daß meine Familie den famosen inkriminirten Brief, das Bordereran, bekannt macht! Man hat Furcht, daß der Brief zur Kenntniß des deutschen Kaisers gelangt. Aber hat man nicht auch Furcht, daß meine Frau ihre beiden Kinder an die Hand nimmt, sich dem deutschen Kaiser zu Füßen wirft und von ihm Gerechtigkeit verlangt?“

Hauptmann Freykoetter, einer der Richter im Dreyfus-Prozesse vom Jahre 1894, der an den Marineminister Lockroy ein Schreiben gerichtet hatte, um seine Zweifel an der Gerechtigkeit des Urtheils anzusprechen, wurde vom Marineminister Lockroy mit Zustimmung des Kriegsministers Freykoetter ermächtigt, sich direkt an den Kassationshof zu wenden, um ihm schriftlich oder mündlich die Thatsachen zur Kenntniß zu bringen, die er zur Klärung des wahren Sachverhalts für nützlich erachte. Nach dem „Cri de Paris“ ist Hauptmann Gallet der zweite von den Richtern Dreyfus', dem Gewissen's-Bedenken aufgestiegen sind. Dagegen erklärte der Vorsitzende des Kriegsgerichts, Oberst Maurel, einem Interviewer, er bleibe dabei, daß Dreyfus rechtmäßig verurtheilt sei.

England

Samoa im englischen Unterhaus. Der Parlaments-Unterschatzkanzler Keizer Brodrick erklärte, daß auf Samoa Kämpfe zwischen den rivalisirenden Parteien stattgefunden und die britischen sowie die amerikanischen Behörden eine Einmischung in die dortigen Wirren für nöthig gehalten hätten, um die Ordnung wieder herzustellen. Zwischen den drei Regierungen sei eine Verständigung darüber erzielt worden, eine Kommission nach Samoa zu senden mit der Vollmacht für die Herstellung der Ordnung zu wirken und über die nöthigen Schritte bezüglich der künftigen Regierung auf den Inseln zu berichten. Die Kommission solle sobald wie möglich abreisen. Auch die Politik Englands in China kam in derselben Sitzung der Sprache. Bei der Verhandlung des Marinebudgets erklärte der Civil-Lord der Admiralität Austen Chamberlain in betreff Weihaiwei, seine Idee sei, daß Weihaiwei für die chinesische Station etwas ähnliches werden solle, wie Gibraltar vor der jüngsten großen Ausdehnung für die Mittelmeer-Station war und daß es dieselbe Beziehung zu Hongkong haben sollte, wie Gibraltar sie vor der Ausdehnung hinsichtlich Malta einnahm. — Das Unterhaus nahm mit 167 gegen 65 Stimmen den Posten betreffend Weihaiwei an. Im Laufe der Debatte erklärte der Erste Lord der Admiralität Goschen, die Regierung beabsichtige nicht aus Weihaiwei eine Plattenstation ersten Ranges zu machen, sie reche nicht in derselben Weise auf Weihaiwei wie Rußland auf Port Arthur.

Finnland.

Eine Beschwichtigung-Epistel hat der Generalgouverneur von Finnland an das in seinen Rechten verewaltigte Volk erlassen. Die offizielle russische Telegraphenagentur berichtet: Da irreguläre Verewohner Finnlands das Manifest vom 3. Februar in dem Sinne auflegen, als ob durch das Manifest die Aufhebung der den Finländern verliehenen Privilegien bezweckt werde, richtete der Generalgouverneur an die Gouverneure ein Rundschreiben, wonach die Forderungen, die ausschließlich die Interessen Finnlands betreffen, in Zukunft wie bisher abgefaßt und veröffentlicht werden. Das Rundschreiben schließt mit folgenden Worten: „Der Kaiser hat nicht die Absicht, im Großfürstenthum neue Ordnungen einzuführen, die die innere Verwaltung und Organisation Finnlands, die durch das Manifest vom 26. Oktober 1894 bestätigt sind, verlegen.“ — Das ist der dem Nestochlenen gespendete Trost: er solle sich freuen, daß man ihm nicht gleich Alles gestohlen habe.

Philippinen.

Zur Lage auf den Philippinen. Von den Amerikanern ist die Einnahme von Santa Cruz als ein großer Waffenerfolg aufgeschrieben worden, in Wahrheit handelt es sich, nach dem „S. C.“, um die Besetzung eines Platzes, der von den Tagalen gar nicht ernsthaft vertheidigt wurde. Der „Nat. Cor.“ wird in diesem Sinne aus Manila vom 11. d. M. berichtet: „Am 1. Oktober sind vier Depeschen eingelaufen, die den geringen Sieg ungläublich übertreiben. Die Eroberung des kleinen Festes Santa Cruz wird als That ersten Ranges gefeiert. Thatsächlich geht aus den Berichten aller anderen als der offiziellen Correspondenten hervor, daß die Einnahme sich fast ohne allen Widerstand vollzogen hat. Die fortwährenden Siegesnachrichten, gefolgt von den günstigsten Mittheilungen über den angeblichen vorläufigen Beherrschungsstand im amerikanischen Heere, stehen im klaren Widerspruch mit der leider täglich steigenden Ziffer der an Krankheiten im Lager vor Manila gestorbenen Soldaten.“

Samoa.

Der wegen angeblicher Theilnahme am Kampfe vom 1. April verhaftete deutsche Geseischaftsführer der Plantage in Weile, Wflanzeer Hufnagel, ist nach dem „S. C.“, aus seiner Haft auf dem englischen Kriegsschiff „Tauranga“ in Folge einer Reklamation des deutschen Konsuls entlassen und an Bord des deutschen Kreuzers „Falke“ gebracht worden.

Vübeck und Nachbargebiete.

17. April.

Auf stolzem Ross sitzt die neue Redaktion der „Vü. Anz.“. Man höre, was sie verkündet:

Vom „Vübecker Volksboten“. Der Redaktionswechsel unseres Blattes erfolgt das hiesige „Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung“ sichtlich bis in den Traum der Nächte. Tag für Tag glüht es sich die Venen, um den gebührenden Schaffens seiner Partei klar zu machen, daß das „Amtsblatt“ mit seinen neuen Vertretern gar eifrige Sozialistenfreier gepreßt habe. Jede Nummer ergötze es mit irgend einer Schweinburgiade. Es lohnt sich nicht, gegen das Blatt wegen dieser matten Auslassung die Kritik anzufahren. Wir haben Geschickterer zu thun, als hier in der Rolle grimmiger Sozialistenfreier zu glänzen, und was die Schweinburgische Korrespondenz angeht, der wir nach Ansicht des „Volksboten“ unsere sozialpolitischen Aufsätze entnehmen sollen, so müssen wir bemerken, daß wir diese Korrespondenz, nur dem Namen nach kennen. Weiter auf die gegenwärtigen Angriffe einzugehen, widerstrebt uns. Der unverkennbare Haß und die schlecht verhaltene Wuth, womit uns die Gegner seit einiger Zeit fortgesetzt beschren, zeigt uns, daß wir ihnen sehr uneben sind.

Es will der Spiz aus seinem Stall laut kläffend aus begleiten, Doch seines Belles munt'rer Schall beweist uns, daß wir reiten.“

Also keine Schweinburgiaden! Nun, dann sind es doch aber Artikel, die ebenso gut ein Schweinburg verbrochen haben könnten. Und das bleibt sich so ziemlich gleich; denn die Wirkung ist dieselbe. Im Uebrigen reiten Sie soviele meine Herren, als Sie wollen; das Ritzeln wird der „Volksbote“ schon besorgen. Rittel Rittel!

Die Hützerdammbrücke ist endlich bis auf den Anstrich fertig, sodaß der Verkehr bereits seit gestern darüber fluthet. Es war aber auch allerhöchste Zeit!

Neue Zwangsinnungen. Die vom Senatsausschuß für Gewerbe- und Versicherungswesen bestätigten Satzungen für die Innungen (Zwangsinnungen) der Buchdrucker, Besitzer, der Glaser, der Klempner und der Stellmacher, welche mit dem 1. April 1899 in's Leben getreten sind, können von heute ab im Stadt- und Landamte während der Geschäftskunden von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 3—5 Uhr Nachmittags von den Mitgliedern der Innungen eingesehen werden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde Freitag Nachmittag von Arbeitern im Forstorte Schwerin in einem Graben gefunden. Die Leiche war in einen braunen Unterrock und in einen blau und weiß karrierten Bettbezug, der mit C. T. gezeichnet war, gewickelt. Das Polizeiamt ersucht um Angaben, die vielleicht auf die Spur der unglücklichen Mutter führen könnten.

— Eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung, welche sich mit dem Bericht der 1. Zt. gewählten Kommission beschäftigte, tagte Sonntag im Vereinshaufe. Nachdem die Neuaufnahme eines Hausarbeiters vollzogen war, wurde das Antwortschreiben der Brauereibesitzer verlesen. Daraus ergab sich, daß die Forderungen in manchen Punkten von den Unternehmern geändert sind.

Der Fernstundentag soll zwar bewilligt werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Brauereien die Vertreibung der Arbeitshunden selbst vornehmen können. Von dem meisten Rednern wurde bestritten, an der Arbeitszeit von 6—8 Uhr unbedingt festzuhalten. Ein dahin gehender Beschluß wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde die Kommission, welche mit den Brauereibesitzern abermals zu verhandeln hat, auf 10 Mitglieder verstärkt. Sodann wurde beschlossen, die Sonntagarbeit unter allen Umständen abzuschaffen und einen Minimallohn von 27 Mk. zu fordern. Auch soll daran festgehalten werden, daß die ungelerneten Arbeiter den nämlichen Lohn erhalten, wie die gelernteren, sowie, daß der Lohn der Hilfsarbeiter 20 Mark beträgt. Die Forderungen der Wütker sind sämmtlich bewilligt worden. Im Verschiedenen wurden die Anwesenden noch aufgefordert, so viel als möglich den 1. Mai zu feiern. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde dann die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Unter welchen Verhältnissen sind Angehörige eines Arbeitgebers Invalidität- und Altersversicherungspflichtig? Diese Frage beantwortet der „S. C.“ wie folgt: Die vermögensrechtlichen Beziehungen zu dem Arbeitgeber stehen an und für sich der Annahme eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses nicht entgegen. Eine Ausnahme machen die Eheleute unter einander, da zwischen ihnen nach dem Willen der Ehe niemals ein zur Begründung der Versicherung erforderliches Abhängigkeitsverhältnis bestehen kann. Eltern, die im Haus halte oder Gewerbebetriebe ihrer Kinder thätig sind und als Entgelt für ihre Beschäftigung nur freien Unterhalt beziehen, mithin nur zur Befriedigung ihrer nothwendigen Lebensbedürfnisse an Wohnung, Nahrung und Kleidung unmittelbar in den Stand gesetzt werden, sind nicht versicherungspflichtig. Baarzahlungen, die dazu bestimmt sind, es den Eltern zu ermöglichen, gewisse geringfügige Bedürfnisse, die das Leben mit sich bringt, selbst zu befriedigen, fallen unter den Begriff des freien Unterhalts und vermögen die Versicherung nicht zu begründen. Werden die Baarträge hierüber hinaus, tritt die Versicherungspflicht ein. Die Anwendung der Invaliditäts- und Altersversicherungspflicht auf die bei ihren Eltern beschäftigten Hauskinder ist in dem einzelnen Falle davon abhängig, ob ein familienrechtliches Verhältniß begründetes Unterhaltungsverhältnis oder ein Lohnverhältniß vorliegt. Hauskinder, die keine Baarträge erhalten, sind von der Versicherung ausgenommen. Zweifelsfrei gehalten sich die Sache, wenn das Hauskind das 14. Lebensjahr vollendet hat und außer dem freien Unterhalt hundert Mark in regelmäßiger Wiederkehr oder nach Bedarf gemährt wird. In erster Linie ist die Versicherungspflichtigkeit der Hauskinder anzuerkennen, wenn ihnen gegen ihre Eltern ein rechtlicher Anspruch auf Baarlohn oder Gehalt zusteht. Die Verabreichung eines Lohnes genügt zur Begründung der Versicherung aber dann nicht, wenn das Hauskind Arbeiten, die einen gemeinen wirtschaftlichen Werth haben, nicht zu leisten vermag, demnach wegen seines Unterhalts nothwendig allein auf die Alimentationsleistung seiner Angehörigen angewiesen ist. Andererseits kann aber ein Lohnverhältnis sich aus den Umständen des einzelnen Falles ergeben, ohne daß eine ausdrückliche Vereinbarung über einen bestimmten Lohn vorliegt. Diese Voraussetzung trifft besonders dann zu, wenn nach Maßgabe der gesammten wirtschaftlichen Stellung des Haushaltes und seiner Familie anzunehmen ist, daß das Hauskind dieselbe Lohnarbeit auch bei einem anderen Arbeitgeber übernehmen würde, wenn ihn zur Beschäftigung in die Betriebe des Familienhauptes keine Gelegenheit gegeben würde. Ob eine gewährte Baarzahlung als Lohn oder als Taschengeld aufzufassen ist, muß von Fall zu Fall beurtheilt werden. Als Lohn muß sie dann gelten, wenn die gezahlten Beträge, mögen sie unter der Bezeichnung Taschengeld, Geschenke oder Lohn gehen, die gleiche oder annähernd die gleiche Höhe haben wie der an Dritte zu zahlende Lohn, die sich in gleicher oder ähnlicher Stellung befinden.

st. Glimpflich davon gekommen. Heute Morgen fiel bei dem neuerbauten Schuppen beim Ausladen von Sand ein Arbeiter mit sammt seiner Schieblarre kopfüber in die Traube. Er wurde jedoch von seinen Arbeitskollegen wieder herausgezogen und kam so mit einem kalten Bad davon.

Holzaktion. Am Donnerstag, den 20. April d. J., Nachmittags 2 1/2 Uhr, sollen beim Gastwirth Woss in Wulfendorf an die Mitgliedschaften verkauft werden, und zwar aus den Forstorten Vorderriehe, Scheidebusch und Saurade: ca. 140 Stm. Eichen-Büchen, Birken, Nadelholz und die Weichholz, Kluft und Knüttel, 100 St. bgl. Buchholz, 53 St. eich. Drahtpfähle, 4 St. eich. Kiepenholz, resp. Pflanzholz, 80 Stm. eich. Kuchhölzer (Stellmacherholz, Deichsel, Pflanzholz).

Hamburg. Sie fürchten die sozialdemokratischen Gesellen. Der Verband der Eisenindustrie von Hamburg, der Verein der chemischen Industrie von Hamburg-Altona, der Verein des Holzgewerbes und der Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890, also die Hauptmacher des Arbeitgeberverbandes, haben vor einiger Zeit eine Eingabe an den Senat gerichtet, betr. die Reorganisation der Gewerbekammer und Industrie, in der sie darum ersuchen, die Industrie nicht den sozialdemokratischen Gesellen auszulassen zu überantworten, indem man ihr mit dem Handwerkwert gemeinsam eine Vertretung in der Handwerkerkammer giebt, sondern sie der Handelskammer zu überweisen, event. eine gesonderte Industriekammer ins Leben zu rufen. In der äußerst charakteristischen Begründung dieses Ersuchens heißt es u. A.:

„Welsche Besprechungen und Beratungen von Vertretern der Industrie sowohl wie des Handwerks haben mit Entschiedenheit und Klarheit gezeigt, daß von einer Verbindung von Industrie und Handwerk in einer Kammer abzuzurathen, einer Verbindung von Handel und Industrie, wie sie bis zu einem gewissen Grade bereits in der Handelskammer existirt, hingegen zuzustimmen sei. Als ein gewichtiger Grund gegen eine Vereinigung von Industrie und Handwerk in einer Kammer ist dabei die Gefahr angesehen worden, welche durch den Gesellenausschuß in einer solchen kombinierten Kammer drohe. Beweisen doch die Vorgänge der letzten Zeit im Handwerk deutlich genug, daß nicht unbedeutende Theile des Handwerks schon jetzt in ihrer Entscheidungsfreiheit durch die fast durchweg unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Gesellen sehr hart beeinträchtigt sind.“

Man sieht, der Hamburg-Altonaer Scharfmaacherverband hat eine heillose Angst vor den sozialdemokratischen Gesellen, von denen er eine ernsthafte Bedrohung der Existenz der Scharfmaacher fürchtet. Bos von dem „unfreien“ Handwerk! so lautet deshalb die Parole der Scharfmaacher.

Sie wollen unbefristete Herren und Herrscher sein und das Arbeiterpad in Reason halten, damit es nicht zu nucken magt. Nun, die sozialdemokratischen Gefellen werden schon dafür sorgen, daß den Herren gebührend gebient wird.

Altona. Spörke contra Bismarck. In dem Verhandlungstermin des entlassenen Försters Spörke gegen den Fürsten Herbert Bismarck beschloß die Zivilkammer auf Antrag der Rechtsanwältin beider Parteien die Aussetzung der Verhandlung bis zur vollständigen Erledigung des Strafprozesses, in welchem die Revision beantragt worden ist.

Cuxhaven. Neue Werften und Docks legt der Stellner „Wulkan“ bei Brunshütten an. Das Terrain wurde dieser Tage bereits gekauft.

Gumshorn. Die entsetzliche Katastrophe auf der Bahnstrecke zwischen Zornesch und Gumshorn, wobei bekanntlich zwei Kinder durch Ueberfahren vom Eisenbahnzuge getödtet wurden, ist Gegenstand eingehender Untersuchung gewesen. Durch dieselbe soll Folgendes festgestellt sein: Die Barrieren waren geschlossen, oder richtiger, da kurz vorher ein Zug passiert war, gar nicht erst wieder geöffnet worden. Der Wärter war in seine Wunde gegangen, um Kaffee zu trinken. Als die Maschine sich näherte, ging er hinaus, sah aber Niemanden. Dann blickte er sich, um die Fahne aufzuheben; als er sich nun wieder aufrichtete, sah er plötzlich zwei Kinder auf das Geleise treten. Er rief ihnen noch zu: „Kinder, bleibt zurück!“ Im nächsten Augenblick wurden sie von der Maschine erfasst. Der Wärter sank ohnmächtig zu Boden, und als er wieder zu sich kam, erblickte er zwei verflümmelte Leichen. (Mt. N.)

Apenrade. Einen glänzenden Sieg haben die hiesigen Arbeiter zu verzeichnen. Ihre Forderungen sind überall bewilligt worden, auch in den Holzfabriken und beim Bagger im Hafen. Es stieg der Lohn stellenweise von 24 Pfg. die Stunde auf 30 Pfg., und dies ist einzig und allein der Grund der Gölfs- und Fabrikarbeiterverbände zu verdanken. Mögen sich alle Arbeiter dies zum Beispiel nehmen, die der Organisation nach fern gehen, und in den Verband eintreten. — Endlich aus dem Schlafe erwacht scheinen die Tischler der Orgelfabrik von Markussen u. Sohn zu sein. Alle früheren Bemühungen der hiesigen Tischler, dieselben zum Eintritt in den Holzarbeiterverband zu bewegen, waren vergeblich. Jetzt, da sie die einzelnen Arbeiter sind, die noch 11 Stunden arbeiten, hört man, daß sie ihrem Arbeitgeber auch mit der Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit kommen; ob sie dieselbe durchsetzen, ist eine andere Frage.

Apenrade. Der Redakteur Janke hier selbst hatte vor längerer Zeit in seinem Blatte den Herausgeber der hiesigen dänischen Zeitung „Hjelmsdal“ S. P. Hansen, beschuldigt, daß er durch sein Verhalten seinen Eid, den er als Landtagsabgeordneter auf die preussische Verfassung geleistet, gebrochen habe, worauf Hansen den Redakteur Janke wegen Beleidigung verklagte. Diese Sache wurde vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Als Zeugen hatte Janke den Redakteur Jessen von „Helsingborg Avis“ und den Reichstagsabgeordneten Gustav Johannsen-Helsingborg laden lassen. Der Beklagte suchte durch Ausschritte aus „Hjelmsdal“ und durch andere Preßerzeugnisse darzutun, daß Hansen in der That den Eid objektiv gebrochen habe. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis selbstverständlich für thatsächlich erbracht und der Angeklagte wurde kostenlos freigesprochen. — Es erscheint mehr als naive von dem Herrn Hansen, sich in einer solchen Angelegenheit an ein deutsches, und nun gar noch an ein nordschleswigisches Gericht zu wenden.

Köln. Wegen Beleidigung des Grafen von der Schulenburg auf Groß-Kranlow wurde am Sonnabend von der hiesigen Strafkammer Redakteur Genosse Roth zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Beleidigung soll begangen sein durch einen im „Mecklenb. Volks-Kalender für 1899“ veröffentlichten Artikel mit der Ueberschrift: „Wie es um einen Ortsnamen auf einer größtlichen Befestigung in Mecklenburg bestellt ist.“ Die Schilderung der Verhältnisse dieser Familie entsprach der Wirklichkeit, aber als deren direkter Urheber war unrichtiger Weise der Graf bezeichnet, während dieselben der Gutspächter angeordnet hatte.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Frageenden fehlen werden nicht beantwortet.

Malteiser-Komitee. Dienstag, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr.

W. J. Henry verübt 31. August v. Js Selbstmord auf dem Mont Valerien. Ein Hauf verbreitete Gerücht besagt, daß er gemordet wurde, weil man fürchtete, er könnte plaudern.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 14. April.

Butter.		M	
I. Qualität		93—	103
II. Qualität		87—	92
Ferner:			
Abfallende und ältere Waare		85—	86
Schleswig-Holsteinische Bannernbutter		75—	82
Gallische und ähnliche		75—	80
Finländische Sommer		85—	90
Amerikanische Waare		75—	78

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Enttäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Zu sofort finden **10—20 Frauen und Mädchen**

Beschäftigung auf der Spargelplantage am Wbnt. Hüferweg. Düvel.

Friedrich-Wilhelmstraße 2 a.

Frauen und Mädchen finden lohnende Beschäftigung auf den **Spargelplantagen** am **Schönböckener Wege** von **Paul Erasmil & Co.**

Melbunnen beim Gärtner Zehl daselbst.

Gesucht zu sofort **10 Frauen.**

Tagelohn Mk. 1.40. Weinbergstraße 2.

Bausjunge gesucht.

Sandstraße 27. C. Harz.

Suche 1000 Mt. nach 8500 Mt. Brandkassenwerth 11500 Mt. Offerten unter D 75 an die Exped. d. Bl.

Zu verl. ein großer eigener Koffer mit Eisenbeschlag Engelwisch 33/9.

Schöne Ferkel sind zu verkaufen. Etwasstraße 30.

Ein **Huhn** Oster entlaufen.

Abzugeben bei F. Schmidt, Friedenstraße.

Gute Cigarren, 100 Stück Mk. 2.90. Johannstraße 17, neben „Deutschen Kaiser“.

Für 15 Mark

lerne jeder Dame gründlich Zeichnen, Zuschneiden und Anfertigen von Damen- und Kinder-Garbtoben nach neuester leicht faßlicher Methode. Anfertigen eigener Garderobe gestattet. Engelstraße 87, 2. Et.

Empfehle den Genossen meine **Colonial- u. Fettwaaren-, Taback- und Cigarren-Handlung** auf Weste.

Friedrich Nehlsen, Rosenstr. 21.

Früh gebrannt. Caffee

per Pfd. 0.80, 1.00, 1.20, 1.40 Mt. empfiehlt

Rud. Kracht, Hagel. Allee 40.

Feinste und feine

Margarine

seits frisch, per Pfd. 50 und 60 Pfg. empfiehlt

Rud. Kracht, Hagel. Allee 40.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilsame Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichem, heilkräftig bekundeten Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weines werden Magenleiden meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheiten zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen**, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie **Klemmung, Kopfschmerzen, Herz klopfen, Schlaflosigkeit**, sowie **Mittelnstauungen in Leber, Milz und Pfortader** (Hämorrhoidal-leiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und geordnet beseitigt. Kräuter-Wein hebt **schwache Unverdaulichkeit**, verleiht dem Verdauungsorganismus einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.

Hageres, kleines Aussehen, Blutmangel, Entkräftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher **Appetitlosigkeit**, unter **nervöser Anspannung** und **Gemüthsverstimmung**, sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten**, fließen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, bestärkt Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue **Kräfte und neues Leben**. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mk. 1.25 und Mk. 1.75 in: **Lübeck** in den Apotheken (Depots: Adler-, Löwen- und Sonnen-Apotheke) und in **Ermmelfe, Steinhof, Bornhöved, Genu, Reinfeld, Odesloe, Schönberg, Raseburg, Ahrensböhl, Schwartau, Travemünde, Giesendorf, Hagenfeld, Daffow, Grevesmühl, Nehna, Blankensee, Ruffe, Mülln, Trittau, Ahrensburg, Segeberg, Neustadt, Blü, Lüthenburg, Oldenburg i. S., Neumünster, Seltigenhafen, Cismar, Altona, Hamburg u. f. w. in den Apotheken.**

Auch versendet die Firma **Hubert Ullrich, Leipzig, Weststraße 82**, drei und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kistenfrei.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich:

Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.


Wein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malaga-wein 450,0, Weinspirit 100,0, Glycerin 100,0, Rothwein 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirschsaf 320,0, Fenchel, Anis, Heleniumwurzel, amerikanische Krautwurzel, Englian-wurzel, Kafkaswurzel aa 10,0.

Gesucht zum 1. Mai für einen kleinen ländlichen Haushalt ein Mädchen, welches melken kann. Näheres

Lübeck, Fischergrube 51.

Ein Hund abhanden gekommen.

Steuermark Nr. 1486. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben Stabenstraße 20.

 Uhren reinigen . 1,50,
Federn einschren . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser l. Qual. 0,80.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Südstraße 82.

Empfehle zur Bau-Saison

Drabstifte, Nägel, Schrauben, Rohrdraht und Rohrstifte, eiserne Dach-, Keller- und Stall-Fenster, Regenkästen, Ventilationsflappen, Sammelrohre, Defen, Sparherde, Herdbeschläge, feuerfeste Steine, Dachpappe und Theer!! Fenster- und Thürbeschläge, Tapeten u. Bordern.
Fadenburg. **Carl Buchholtz.**
Allee 106.

Blumen- und Gemüsesamen

Pflanz-Kartoffeln empfiehlt

Wilh. Vollert

Cronsforder Allee 42.

Niederlagen und Verkauf bei den Herren: **A. Vietig, Fischergasse 45, R. Böss, Gr. Burgstraße 37, H. Sack, Hansstraße 34 a, J. Wulff, Dornstraße 10, A. Grabner, Königstraße 62, und in der Marktgasse.**

Lübecker Loose 1. Klasse
Ziehung 20. April.
1/2 à Mk. 4.—, 1/4 à Mk. 2.—,
1/8 à Mk. 1.—
offerirt und versendet auch nach auswärts
Paul Würzburg
Markt 14. Lübeck.

Verband der Zimmerer

Versammlung

am Dienstag den 18. April

bei Spahrman, Hundestr. 101.

Tagelagerung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Aus einem frommen Waisenhanse.

Vor dem Schöffengericht in Potsdam spielte sich am 13. April ein Stück christlich-katholischer Tragödie ab...

falls er vor Gericht eine Aussage mache; gerade deshalb habe er sich als Junge gemeldet...

Geisteskrante soll in seinem Zustande, der das innigste Mitleid erweckt, doch nicht etwa durch exemplarische...

Sociales und Parteileben.

Ziebende ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen...

Es folgte hierauf die Verabstimmung der Aufträge...

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(48. Fortsetzung.)

„Aber“, sprach Lornsen dann, den Kopf schüttelnd, „aushalten kann ich es nicht mehr hier im Lande.“

dänische Absolutismus sie länger unterdrücke; am wenigsten zu dulden, daß er sie dänisch mache...

immer zu Scherz und Lachen angeregt. Die Saite war zer-sprungen, welche ehemals dabei erklang...

Es war ein banger Abschied, den Lornsen nahm, tief bewegt und gerührt schieben die Freunde.

Nach einiger Zeit aber kehrten die melancholischen Tage zurück, die denranken Mann plagten.

„Joh wollte Jens noch einmal sehen“, erwiderte die junge Frau mit fester Stimme.

